



Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 9. September 2003 Nr. 3735

Feuerwehr

Revision des Feuerschutzreglements (Anhang)

1 Ausgangslage

Für die Feuerwehr der Stadt St.Gallen besteht eine Spezialfinanzierung im Sinne von Art. 39 des kant. Gesetzes über den Feuerschutz vom 18. Juni 1968 (FSG; sGS 871.1). Ertragsüberschüsse aus der Feuerwehrrechnung werden dem Konto „Spezialfinanzierung für die Feuerwehr“ gutgeschrieben; Unterdeckungen werden diesem Konto entnommen.

Die Aufwendungen der Feuerwehr sind gemäss Art. 13 des Feuerschutzreglementes der Stadt St.Gallen vom 27. Oktober 1992 (sRS 414.1) durch die Feuerwehrabgabe zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge und übrige Betriebseinnahmen finanziert sind. Entrichtet wird die Feuerwehrabgabe nach Art. 37 FSG von Feuerwehrpflichtigen (alle Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt vom vollendeten 20. Altersjahr bis zum vollendeten 50. Altersjahr, die weder Feuerwehrdienst leisten noch mit einem Ehepartner, der Feuerwehrdienst leistet, in ungetrennter Ehe leben). Gemäss städtischem Tarif im Anhang zum Feuerschutzreglement beträgt die Feuerwehrabgabe unter Berücksichtigung der von der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Mindest- und Höchstgrenzen derzeit 15 % der einfachen Einkommenssteuer. Das vom Kanton festgelegte Maximum der Feuerwehrabgabe beträgt höchstens CHF 350 je Jahr, in Gemeinden mit einer Berufsfeuerwehr höchstens CHF 500 je Jahr; Beträge unter CHF 15 werden nicht erhoben.

2 Finanzielle Entwicklung der Feuerwehr

Die Stadt St.Gallen unterhält als einzige politische Gemeinde des Kantons eine Berufsfeuerwehr. Im Unterschied zu einer Pflichtfeuerwehr stellen bei der Feuerwehr St.Gallen die fixen Lohnkosten mit rund drei Vierteln aller Aufwendungen den grössten Ausgabenposten dar. Den konstanten Personalkosten, die in den letzten Jahren etwa im Rahmen der Teuerung



angestiegen sind, stehen sinkende Einnahmen aus der Feuerwehrrabgabe gegenüber, die auf die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur zurückzuführen sind (als Folge der Überalterung gibt es weniger Personen im feuerwehrpflichtigen Alter). Zudem entfielen mit dem Anschluss der Feuerwehren an die kantonale Notrufzentrale jährliche Gebühreneinnahmen (inkl. Brandmeldeanlagen) von rund CHF 300'000, welche aus der bis dahin von der BFSG betriebenen regionalen Alarmzentrale stammten. Die gegenläufige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben hat eine Finanzierungslücke zur Folge. Aus diesem Grund mussten dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung für die Feuerwehr zur Deckung des Aufwandüberschusses seit 1996 im Durchschnitt jährlich CHF 280'000 entnommen werden. Der Saldo des Ausgleichskontos, der Ende 1996 noch CHF 2,2 Mio betrug, ist nach der letzten Entnahme von rund CHF 375'000 per Ende 2002 auf unter CHF 600'000 gesunken. Für das Jahr 2003 musste trotz Berücksichtigung der Erhöhung des Tarifs für die Feuerwehrrabgabe auf 15 % eine weitere Entnahme von CHF 568'800 budgetiert werden. Dies hat zur Folge, dass die Reserve Ende 2003 fast vollständig aufgebraucht sein wird und die Feuerwehrrechnung nicht mehr aus dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung alimentiert werden kann.

Im Jahr 2004 würde die Rechnung der Feuerwehr ohne Tarifierpassung voraussichtlich mit einem Aufwandüberschuss von CHF 688'000 abschliessen. In den kommenden Jahren wird die Finanzierungslücke dadurch akzentuiert, dass an dem von der Feuerwehr 1969 bezogenen Depotgebäude an der Notkerstrasse 44 grössere Investitionen bevorstehen. Dieses Gebäude wurde seit 35 Jahren keiner umfassenden Renovation unterzogen. Es ist deshalb in den nächsten Jahren mit vermehrten Unterhaltsarbeiten zu rechnen. Für die notwendigen Renovationsarbeiten (das Flachdach ist undicht, der Beton ist teilweise zu sanieren, die Fenster sind zu ersetzen) wurden in der Investitionsplanung ab 2005 CHF 7,5 Millionen eingestellt. Die notwendigen Unterhaltsarbeiten bzw. die nach erfolgter Sanierung höheren Abschreibungen werden die Feuerwehrrechnung zusätzlich belasten.

Um eine ausgeglichene Feuerwehrrechnung zu erreichen, müssen die Einnahmen aus der Feuerwehrrabgabe erhöht werden. Im Interesse einer sozial gerechten Lösung soll dies in zwei Schritten geschehen:

3 Massnahmen

Über die getroffenen und noch notwendigen weiteren Massnahmen zur Erhöhung der Einnahmen und zur Aufwandverminderung wurde in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 26. September 2002 orientiert.



3.1 Erster Schritt: Erhöhung des Tarifs für die Feuerwehrabgabe von 12 auf 15 %

Um der aufgezeigten Entwicklung Rechnung zu tragen, hat der Grosse Gemeinderat an der Sitzung vom 29. Oktober 2002 in einem ersten Schritt den Tarif für die Feuerwehrabgabe von 12 auf 15 % der einfachen Steuer erhöht. Dies hat jährliche Mehreinnahmen von rund CHF 570'000 zur Folge. Die Schliessung der sich abzeichnenden Finanzierungslücke von jährlich rund einer Million CHF würde eine Erhöhung des Tarifs auf mindestens 18 % erforderlich machen. Ein hoher Ausschöpfungsgrad der Feuerwehrabgabe führt infolge des niedrig angesetzten Maximums jedoch zu einer sozial ungerechten und deshalb unerwünschten Lösung: denn je höher der Tarif angesetzt wird, desto schneller wird das Maximum der Feuerwehrabgabe erreicht. Beim bisherigen, vom Kanton festgelegten Maximum der Feuerwehrabgabe von CHF 350 ist dies bereits bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 50'000 der Fall. Somit würde die Mehrbelastung durch eine Erhöhung des Tarifs auf 18 % vor allem die unteren Einkommen tangieren. Deshalb wurde der Grosse Gemeinderat darüber informiert, dass als notwendiger zweiter Schritt eine Erhöhung des Maximums auf CHF 500 erforderlich ist (GGR-Vorlage vom 26. September 2002). Diese Erhöhung des Maximums wurde vom Stadtrat beim zuständigen Finanzdepartement beantragt.

3.2 Zweiter Schritt: Erhöhung der maximal zu entrichtenden Feuerwehrabgabe von bisher CHF 350 auf neu CHF 500

Ende 2002 hat die Regierung auf Antrag des Stadtrates das Maximum der Feuerwehrabgabe durch Änderung von Art. 66 der Vollzugsverordnung zum kantonalen Gesetz über den Feuerschutz (beschlossen am 17. Dezember 2002, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 1 2003) mit Wirkung ab 1. Januar 2003 erhöht. Neu beträgt die Feuerwehrabgabe in Gemeinden mit einer Berufsfeuerwehr höchstens CHF 500 je Jahr.

Nach der Neufestlegung des in Art. 66 der Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Feuerschutz vorgegebenen Maximums soll als zweiter, in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 26. September 2002 angekündigter Schritt zur Deckung der Finanzierungslücke der Feuerwehr die maximal zu entrichtende Feuerwehrabgabe in der Stadt St.Gallen per 1. Januar 2004 von bisher CHF 350 auf neu CHF 500 angehoben werden.

Aus der Erhöhung des Maximums von CHF 350 auf CHF 500 sind jährliche Mehreinnahmen von rund CHF 500'000 zu erwarten, so dass sich die budgetierte Entnahme im Voranschlag 2004 auf CHF 188'000 reduziert.



4 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Es wird ein Nachtrag IV zum Feuerschutzreglement gemäss beiliegendem Entwurf erlassen.
2. Es wird festgestellt, dass dieser Beschluss gemäss Art. 7 Ziff. 1 der Gemeindeordnung vom 14. Februar 1984 (sRS 111.1) dem fakultativen Referendum untersteht.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Entwurf Nachtrag IV zum Feuerschutzreglement

